



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenzen aus der Anhörung „Jungsein in Bayern“ IX: Politische Teilhabe stärken – Wahlalter senken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten von Jugendlichen zu verbessern. Jugendliche wollen sich sozial und politisch engagieren. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen und Bedürfnisse selbst zu vertreten und ihr eigenes Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Nur so wird die Perspektive der Jugendlichen im politischen Raum ernst genommen werden. Eine zukunftsorientierte Jugendpolitik ist deshalb in erster Linie Beteiligungspolitik.

Hierzu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Schritte:

- ein aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren durch Änderung des Landeswahlgesetzes;
- die Möglichkeit zur Teilnahme an Volksabstimmungen ab 16 Jahren;
- ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei allen Wahlen auf kommunaler Ebene durch Änderung des Landkreis- und Gemeindevahlgesetzes sowie des Bezirkswahlgesetzes;
- ein volles Mitsprache- und Antragsrecht Jugendlicher bei Einwohner- und Bürgerversammlungen durch Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung und
- die Möglichkeit zur Beteiligung an Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene ab 16 Jahren.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ forderte in ihrem Abschlussbericht, dass Jugendlichen

mehr Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und selbstverantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens eröffnet werden. Politische Beteiligung und die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten sind dabei zentrale Voraussetzungen, um die Perspektive der Jugendlichen im politischen und öffentlichen Raum sichtbar werden zu lassen. Für die Kommission war Jugendpolitik deshalb zukunftsorientierte Beteiligungspolitik. Sie betonte den Subjektstatus von Kindern und Jugendlichen und die Stärkung der damit verbundenen Rechte.

Die Bereitschaft Jugendlicher, sich für sich selbst und andere zu engagieren, ist eine Ressource, die gestärkt und weiterentwickelt werden muss. In der Jugend aktiv zu sein, sich sozial und politisch zu engagieren, ist häufig der Einstieg in ein politisches Engagement im Erwachsenenalter. Jugendliche fordern allerdings echte Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Mangelnde Teilhabechancen und das Gefühl mit seinen Anliegen nicht ernst genommen zu werden, stärken bei jungen Menschen Politikverdrossenheit und negative Einstellungen gegenüber dem politischen System in Deutschland. Politische Beteiligung und politisches Engagement Jugendlicher dienen letztlich auch der Stärkung aller demokratischen gesellschaftlichen Kräfte.

Die wichtigste Form der politischen Teilhabe in einer Demokratie ist das Wahlrecht. Zu einer zukunftsorientierten Beteiligungspolitik gehört deshalb die Absenkung des Wahlalters. Wir fordern ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei allen Landtags-, Kommunal- und Bezirkstagswahlen. Außerdem müssen Jugendliche ab 16 Jahren an allen Volksabstimmungen und Bürgerentscheiden beteiligt werden. In vier Bundesländern – Bremen, Hamburg, Brandenburg und Schleswig-Holstein – gibt es bereits ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene. In acht Bundesländern ist für 16-Jährige eine aktive Teilnahme an Kommunalwahlen möglich.

Die Erfahrungen sind durchaus positiv. Durch früheres Wählen kann sich die Wahlbeteiligung von Erstwählern erhöhen. Dies ist die beste und nachhaltigste Strategie die Wahlbeteiligung insgesamt zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Recht zu wählen steigert insgesamt das politische Interesse von Erst- und Jungwählern. Gelingt es, die jüngere Generation stärker für Politik zu interessieren, dann steigt auch ihre Wahlbeteiligung. Dies zeigen auch die Erfahrungen aus Österreich. Dort ist es gelungen, mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahren, den Anteil der politisch interessierten Jugendlichen nahezu zu ver-

doppeln. In Deutschland steigt ohnehin in den letzten Jahren das politische Interesse junger Menschen wieder an. Dieser positive Trend zur Repolitisierung

der jüngeren Generation ließe sich durch eine Herabsetzung des Wahlalters stabilisieren und verstärken.